

Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (EU) am Scheideweg

Autor(en): **Wegmüller, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 12

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-309701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (EU) am Scheideweg

Schon seit langem ist die Euro-Krise das dominante Thema in der EU; es bestimmt die zahlreichen Gipfeltreffen und Krisensitzungen und immer offensichtlicher werden die Schwachpunkte der europäischen Währungsunion. Dass im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik ähnliche und ebenso akute wie grundlegende Defizite vorliegen, wird dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt, wie der höchste militärische Repräsentant der EU, der schwedische General Håkan Syrén, in einem Gespräch bestätigt.

Hans Wegmüller, Redaktor ASMZ

Ähnliche Krankheitssymptome wie in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zeigen sich auch in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Hier wie dort geht es letztlich um die Kernfrage der Souveränität der Mitgliedsländer. Denn vor dem Hintergrund der Finanzkrise, dem strategischen Entscheid der USA, das Schwergewicht ihrer Sicherheitspolitik vom atlantisch-europäischen in den pazifisch-asiatischen Raum zu verlegen, der rasanten technologischen Entwicklung und den Erfahrungen aus der Libyenkrise wächst der Druck auf die EU, die Entwicklung und den Aufbau militärischer Fähigkeiten besser abzustimmen. General Syrén weist denn auch mit Nachdruck darauf hin, dass die EU ihre jetzige globale Position nur halten könne, wenn auch im Verteidigungsbereich ein fundamentales Umdenken Platz greife. Für ihn ist es «simply a question of mathematics».

Synergie statt Verzettelung

Das Grundproblem liege nämlich nicht – wie landläufig angenommen – bei den fehlenden Finanzen, sondern vielmehr in der Art und Weise, wie die zur Verfügung stehenden Finanzen in der EU genutzt würden: Die 27 EU-Staaten gäben pro Jahr für die Verteidigung – mit abnehmender Tendenz – ungefähr gleich viel aus wie Russland, China, Japan und Indien zusammen. Während diese vier Staaten jedoch über je ein «war college» verfügen, gebe es in der EU mindestens deren zwanzig. Die EU unterhalte

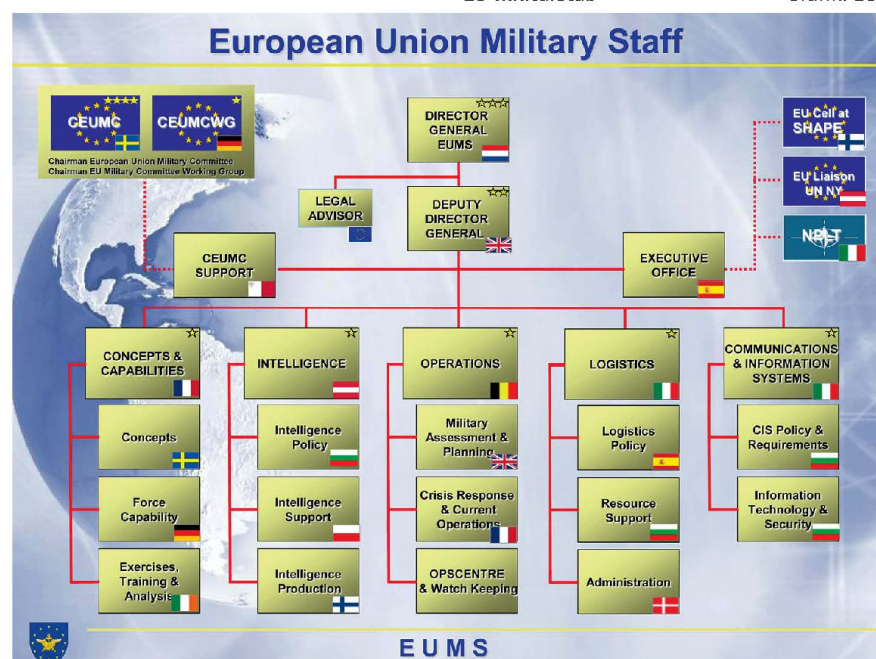
zwischen 12 und 16 grosse Marine-Schiffswerften, die genannten Staaten hätten deren vier. Die Frage stellt sich tatsächlich, ob es sich die EU in Zukunft noch leisten kann, rund zwölf verschiedene Schützenpanzertypen zu entwickeln und zu produzieren, zahlreiche unterschiedliche logistische Systeme zu unterhalten und auf vier verschiedene Konzepte zur Weiterentwicklung eines Kampfflugzeuges (Rafale, Eurofighter, Gripen und Joint Strike Fighter) zu setzen. Für General Syrén steht ohnehin fest, dass sich einige EU-Staaten längerfristig keine eigene Luftwaffe mehr leisten können, und er identifiziert in zahlreichen anderen Bereichen enormes Synergiepotential. Als Beispiel nennt er die Ostsee, wo heute

alle EU-Anrainerstaaten (Schweden, Finnland, die Baltischen Staaten, Polen, Deutschland, Dänemark) Minenräumung betreiben, was mittels Arbeitsteilung und Bündelung der militärischen Kräfte wesentlich effizienter und kostengünstiger getan werden könnte.

Der Schlüssel zur Remedur liegt nach Meinung des Generals in einem grundlegenden Umdenken in Bezug auf die Souveränitätsansprüche der EU-Staaten im Bereich der Entwicklung und des Aufbaus von militärischen Fähigkeiten. «Capability development» ist denn auch – neben der Planung und Führung der EU-Operationen (zur Zeit über zwanzig) und

EU-Militärstab

Grafik: EU



dem Aufbau strategischer Partnerschaften – eine der drei strategischen Prioritäten, welche die Amtszeit von General Syrén als Vorsitzender des EU-Militärausschusses in den vergangenen drei Jahren geprägt haben.

Militärisches Instrumentarium der EU

Der Wille zu mehr Gemeinsamkeit, zu koordinierten Anstrengungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung wird im Vertrag von Lissabon, der am 13. Dezember 2007 unter portugiesischer Ratspräsidentschaft unterzeichnet wurde und am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, mehrfach angedeutet. Nicht nur durch die neu eingeführte Beistandsklausel, sondern unter anderem auch durch eine bedeutende semantische Änderung: Fortan spricht die EU nicht mehr bloss von «EU-Sicherheits- und -Verteidigungspolitik», sondern bezeichnet sie als «Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik». Nicht zu übersehen ist aber, dass sich die EU – im Unterschied zur NATO – nach wie vor als zivile Organisation versteht, in der primär politisch-wirtschaftliche Fragen zur Debatte stehen. Dieses Selbstverständnis manifestiert sich denn auch augenfällig in der entsprechenden Personal-Allokation: Während die EU-Bürokratie ungefähr 40 000 zivile Angestellte beschäftigt, stehen ihr in der Kopfstruktur nur rund 200 militärische Mitarbeiter zur Verfügung. Zu den wichtigsten Institutionen, die ausschliesslich der Umsetzung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dienen, zählen der EU-Militärausschuss, der EU-Militärstab und die Europäische Verteidigungsagentur.

EU-Militärausschuss (EUMC)

Der EUMC, dessen Vorsitz General Syrén zum Zeitpunkt übernahm, als der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, ist das höchste militärische Gremium der EU. Er setzt sich zusammen aus den Generalstabschefs der Mitgliedsländer, vertreten durch ihre militärischen Repräsentanten, die zumeist in Personalunion bei der EU und der NATO akkreditiert sind. Der EUMC dient als Beratungsorgan der Hohen Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees. Er pflegt die Beziehungen zu andern internationalen Or-

ganisationen sowie Staaten ausserhalb der EU und der NATO und dient als Forum für die militärische Konsultation und Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten der EU im Bereich der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung. Die Führungsverantwortung für die EU-Militär-Operationen liegt zwar bei den entsprechenden Kommandanten, aber der Vorsitzende des EUMC ist ihr militärischer Ansprechpartner in Brüssel.

EU-Militärstab

Das Aufgabenspektrum des EU-Militärstabes mit Sitz in Brüssel, der in den nächsten drei Jahren vom österreichischen Generalleutnant Wolfgang Wolsobe geführt wird, umfasst die Frühwarnung, die Lagebeurteilung und die strategische Planung. Der Militärstab ist somit die zentrale militärstrategische Planungsstelle der EU und gliedert sich in fünf Abteilungen (Planung, Aufklärung, Einsätze, Logistik, Fernmeldewesen und Informationstechnik), die jeweils von einem Brigadegeneral geführt werden.

Europäische Verteidigungsagentur

Die Europäische Verteidigungsagentur, mit der auch die Schweiz eng zusammenarbeitet, dient der Koordination der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen militärische Forschung, Rüstungsplanung und Rüstungsbeschaffung und stellt somit ein wichtiges Element in der Umsetzung des EU-Konzeptes «Pooling and Sharing» dar, welches im Einklang mit der angestrebten Arbeitsteilung zwischen NATO und EU und der Konzentration auf den «Comprehensive Approach» ein wesentliches Element der zukünftigen strategischen Ausrichtung der EU darstellt:

Pooling and Sharing

Der Kostendruck in allen Mitgliedstaaten der EU führt dazu, dass die einzelnen Staaten versuchen, gewisse militärische Fähigkeiten zurückzufahren oder ganz darauf zu verzichten. Wenn diese Aktivitäten jetzt nicht EU-weit koordiniert werden, dann läuft die EU Gefahr, wichtige militärische Fähigkeiten gänzlich zu verlieren. Das Konzept «Pooling and Sharing» – in der NATO «Smart Defence» genannt – wurde vor zwei Jahren an einer Sitzung der EU-Verteidigungsminister in Gent verabschiedet.



General Håkan Syrén

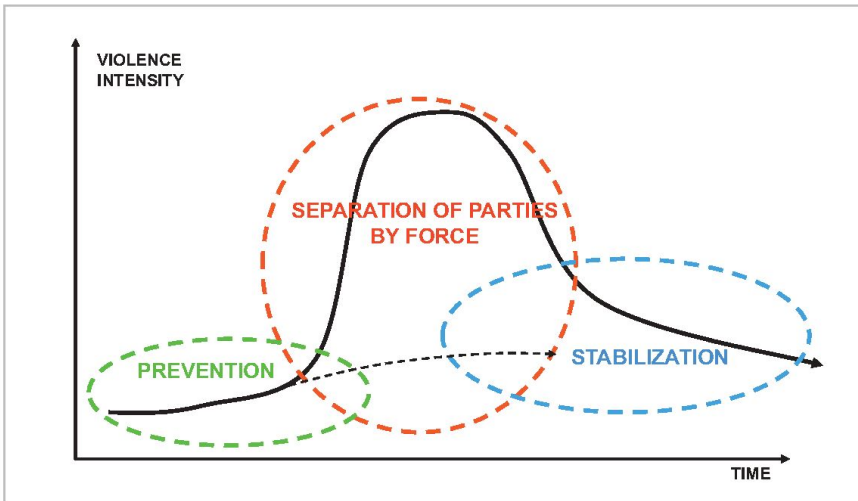
Jahrgang 1952

1973 Leutnant der Küstenartillerie
 1980–84 Swedish War College
 1984–88 Stabsoffizier im Marinestab
 1988–89 Naval War College, Newport, USA
 1989–90 Lehrbeauftragter für Strategie, Swedish War College
 1990–92 Chef Planung, Marinestab
 1992–94 Kommandant eines amphibischen Marine-Bataillons
 1994–96 Kommandant Küstenartillerie Regiment
 1996–98 Chef Operationsplanung im HQ der schwedischen Streitkräfte
 1999 Sekretär der Verteidigungs-Kommission, Verteidigungsministerium
 1999–03 Chef des Militärischen Nachrichtendienstes
 2004–09 Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte
 2009–12 Vorsitzender des EU-Militärausschusses

Es beruht auf Arbeitsteilung und enger Kooperation und Koordination in der Entwicklung und im Aufbau militärischer Fähigkeiten. Zunächst lagen etwa 300 verschiedene Vorschläge auf dem Tisch, aus denen dann zehn bis fünfzehn gewichtige Initiativen zur Umsetzung des Konzeptes hervorgingen. Da «Smart Defence» und «Pooling and Sharing» verwandte Konzepte mit gleicher Zielsetzung darstellen, arbeitet die EU-Militärbehörde eng mit dem zuständigen «NATO Transformation Command» zusammen.

Arbeitsteilung mit der NATO

Während sich die NATO, welcher 21 der 27 EU-Länder angehören, mehr auf kriegsähnliche Konflikte («separation of parties by force») wie beispielsweise



Konflikt-Zyklus

Grafik: EUMC

Afghanistan konzentriert, hat sich die EU einem viel breiteren Spektrum der Krisenbewältigung, mehr zivil-militärischen Operationen im Vorfeld und im Nachgang von Konflikten verschrieben, die der Konfliktprävention bzw. der Stabilisierung dienen sollen.

Comprehensive Approach

Als eigentliche Versuchsplattform («test-bed») für den «Comprehensive Approach» gelten aktuell insbesondere die laufenden Operationen in Afrika. Dazu wurde in der EU vor ungefähr einem halben Jahr ein «Special Representative for the Horn of Africa» ernannt, unter dessen Ägide nun sämtliche Operationen der EU in diesem Gebiet zusammengefasst werden. Im militärischen Bereich sind dies vor allem:

ATALANTA, die Bekämpfung der Piraterie im indischen Ozean und am Horn von Afrika, wo General Syrén

einen durchaus positiven Trend feststellt, insbesondere seit die EU die Bekämpfung der Piraten an Land autorisiert hat. Er wertet diesen Entscheid als grossen Erfolg, bedurfte er doch einer neun Monate dauernden Beratungs- und Konsultationsphase, da alle Ratsbeschlüsse mit militärischem und verteidigungspolitischem Bezug einstimmig gefasst werden müssen.

EUTM, die Ausbildungsmission in Uganda, die somalische Militärs für ihren Einsatz im eigenen Land vorbereitet. Parallel dazu läuft ein Unterstützungsprogramm zum Aufbau von zivil-militärischen Institutionen wie Küstenwache und Polizei unter Führung eines französischen Generals.

Fazit: Aktuell wird in der EU denn auch intensiv über die Art und Weise der militärischen Unterstützung von humanitären Operationen nachgedacht und diskutiert.

Operation ATALANTA: HMS Montrose greift Piraten auf. Bild: NATO



Die EU steht heute nicht nur in der Wirtschafts- und Währungsunion an einem Scheideweg, sondern ebenso bei der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In beiden Bereichen stellt sich die Kernfrage, wie weit die 27 EU-Länder in Zukunft bereit sein werden, auf bisher bedeutsame Souveränitätsrechte zu Gunsten des Kollektivs der EU zu verzichten. Bisher scheint man vor allem darin übereinzustimmen, die «Entwicklung Europas zu einer globalen Gestaltungskraft» vorantreiben zu wollen, wie es kürzlich in einem Arbeitspapier der EU ausgedrückt wurde. Dies ist aber nach der dezidierten Meinung des höchsten militärischen Repräsentanten der EU nur zu haben, wenn die EU-Länder bereit sind, den hohen Preis des nationalen Souveränitätsverlustes im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu zahlen. Damit verbunden sind derart heikle Fragen wie



General Syrén mit dem Autor im HQ der EU. Bild: Autor

der Abbau von Arbeitsplätzen sowie der Verlust von industriellem Potential und Know-how in den einzelnen EU-Ländern. Fragen dieser Tragweite – das ist das Ceterum censeo von General Syrén – könnten nicht auf militärischer Stufe, sondern ausschliesslich auf höchster politischer Ebene der Staats- und Regierungschefs entschieden werden. Offenbar wächst auch in der politischen Führung der EU die Einsicht, dass das Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik grundsätzlicher Entscheide und Weichenstellungen für die Zukunft bedarf. So hat der EU-Präsident van Rompuy am letzten NATO-Gipfel in Chicago in Aussicht gestellt, dass das Thema Sicherheits- und Verteidigungspolitik nächstes Jahr an einem Treffen des Europäischen Rates, der sich aus allen Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammensetzt, wiederum traktandiert werden solle – nota bene zum ersten Mal seit 2008. ■